

**Liebe Mitglieder des LSBB,
werte Gäste,**

die Zeit seit unserem Plenum am 19.11. war ereignisreich und herausfordernd zugleich.

Weihnachten, Silvester, Neujahr: Die Feiertage bedeuteten auch für viele ältere Menschen Wärme und Geselligkeit - doch für andere waren sie eine besonders schwere Zeit, die von Einsamkeit geprägt war.

Hinzu kamen große Unsicherheiten in der Welt, wie Kriege, Terror und ungewisse Zukunftsaussichten, aber auch eigene wirtschaftliche Sorgen. In Berlin standen an diesen Tagen Beratungs- und Unterstützungsangebote besonders umfangreich bereit. Die Seniorenvertretungen haben auf sie aufmerksam gemacht. Denn vielen Älteren sind sie noch nicht bekannt, oder die Scham anzurufen überwiegt.

Der Berliner Krisendienst, die Telefonseelsorge und der Drogennotdienst waren auch an den Feiertagen kostenlos und anonym erreichbar.

Großen Zuspruch hatte das Silbernetz-Feiertagstelefon zwischen Heiligabend und Neujahr, rund um die Uhr.

Menschen ab 60 Jahren mit Einsamkeitsgefühlen riefen an, um einfach mal zu reden. Silbernetz-Freund*innen führen auch weiterhin regelmäßige, einmal pro Woche stattfindende persönliche Telefongespräche, und Silbernetz gibt Anrufenden deutschlandweit Informationen zu Basisangeboten der Altenhilfe in Ländern und Kommunen.

Vereine und Begegnungsstätten luden zu Weihnachtsfeiern ein und öffneten ihre Türen. Der LSBB dankt Ihnen allen für ihr ehrenamtliches Engagement.

Zugleich war es die Zeit eisiger Kälte, in der obdachlose Menschen Schutz an warmen Orten suchten. Kurzfristig wurden vom Senat mehr als 100 weitere Übernachtungsplätze in der Kältehilfe geschaffen.

Als Teil der Stadtgesellschaft unterstützen wir jegliche Initiativen, die bestehende Hilfsangebote für obdachlose Menschen sichern und neue schaffen.

Liebe Mitglieder des LSBB,

wie bekannt wurde der Berliner Doppelhaushalt für 2026 und 2027 am 18.12.2025 vom Abgeordnetenhaus verabschiedet, somit auch die Bezirkshaushalte. Der Vorstand ist in seinen Berichten ausführlich auf die Debatten zum Haushaltsentwurf eingegangen und hatte die Fraktionen des Abgeordnetenhauses über seine seniorenpolitischen Schwerpunkte und Forderungen u. a. in persönlichen Gesprächen in Kenntnis gesetzt.

Nach dem Beschluss des Doppelhaushaltes stellen wir fest, dass ein Kahlschlag bei den sozialen und zuwendungsfianzierten Projekten und Leistungen für das Jahr 2026 vermieden wurde.

Der Prozess der Haushaltsaufstellung war jedoch aus unserer Sicht hochproblematisch.

Erst im Herbst haben die Träger erfahren, ob Tarifsteigerungen für 2025 überhaupt übernommen werden. Es gab ein ständiges Hin und Her. Auch in den Bezirken herrscht bis heute Haushaltsunsicherheit.

Viele Träger wissen bis heute nicht, ob und wie sie ihre Arbeit fortsetzen können.

Die sozialen Träger leisten einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge. Ohne sie ist die soziale Infrastruktur in Berlin nicht vorstellbar.

Für die Menschen und insbesondere für die Älteren dieser Stadt sind die sozialen Einrichtungen, Beratungs- und Hilfeangebote unverzichtbar.

Daher unterstützen wir die Forderung nach klaren Perspektiven und verlässlicher Handlungssicherheit für soziale Organisationen und freie Träger.

Für den LSBB sind alle Einzelpläne relevant. Sie haben immer auch einen seniorenpolitischen Bezug.

Als politische Interessenvertretung Berlins für alle Menschen ab dem 60. Lebensjahr ist es unser Auftrag, uns engagiert für alle relevanten gesellschaftlichen Bereiche einzusetzen, die für ältere Menschen von Bedeutung sind.

Daher sind auch alle Einzelpläne im Haushalt für uns von Interesse.

Die beiden Einzelpläne 9 (Gesundheit und Pflege) und 11 (ASGIVA) stehen in unserem besonderen Fokus.

Der Haushaltsplan sieht für das Haushalt Jahr 2027 im Kapitel 2709 – Aufwendungen der Bezirke / Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG – einen Betrag von 1,65 Mio. Euro für Einzelfallhilfen im Rahmen der Altenhilfe nach § 71 SGB XII vor.

Die verbindliche Erläuterung teilt diesen Betrag in Personalkosten (600.000 €/je Bezirk 50.000 €) und Mittel für die Einzelfallhilfen (1,05 Mio. Euro) an die berechtigten Bürgerinnen und Bürger auf.

Nach der Veranschlagung der zusätzlichen Mittel für die Einzelfallhilfen im Rahmen der Altenhilfe nach § 71 SGB XII in den Bezirken im Jahre 2027, sind nun ab Jahresbeginn 2026 die weiteren Voraussetzungen zur tatsächlichen Gewährung dieser Sozialleistung durch die bezirklichen Sozialämter zu schaffen.

Zwischen den beteiligten Senatsverwaltungen und den Bezirken sind dafür schnellstens die notwendigen Vereinbarungen zu treffen, um noch im Jahr 2026 potenzielle Leistungsberechtigte und die Mitarbeitenden in den Sozialämtern bürgerlich und fachgerecht über die in Aussicht stehenden Leistungen informieren zu können.

Wir sind vorangekommen und haben die Erwartung, dass die Landesseniorenmitwirkungsgremien in den gesamten Vorbereitungsprozess zur Neugestaltung der Altenhilfe in Berlin auf allen Ebenen einbezogen werden.

Unbeirrt werden wir uns mit den nächsten Schritten zur Konkretisierung der Altenhilfe befassen.

Bezugnehmend auf den Einzelplan 11 ASGIVA stellen wir fest, dass der Doppelhaushalt 2026 / 2027, die noch gültige Zuständigkeitsregelung berücksichtigt.

In die Planungen nach der neuen Rechtslage für die Jahre 2026 und 2027 sind die Landesseniorenmitwirkungsgremien für die Verwaltungs- und politischen Aufgaben weder im Politikfeld Soziales noch in den anderen Politikfeldern mit Bezug zum Leben im Alter einbezogen worden.

Wir hätten es begrüßt, vom Senat bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2026 / 2027 angemessen einbezogen zu werden.

Mit dem Stand der Novellierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes sind wir jedoch äußerst unzufrieden.

Die Bedeutung der Seniorenpolitischen Leitlinien für die Lebensqualität, insbesondere älterer Menschen, wächst.

Wir haben in Gesprächen festgestellt, dass sie noch immer nicht allen Abgeordneten bekannt sind.

Die Senatsverwaltung ASGIVA hat die 2023/2024 entwickelten Maßnahmen zu den Leitlinien der Seniorenpolitik monitoriert.

Die Arbeitsgruppe Leitlinien des Landesseniorenbeirats wird sich erstmalig am 23. Januar mit den Ergebnissen des Monitorings befassen. Eine erste Durchsicht der Erhebungen ergab, dass eine Reihe von Maßnahmen bereits als abgeschlossen angesehen wird. Bei näherer Prüfung der Mitteilungen der zuständigen Senatsverwaltungen zeigte sich jedoch, dass diese Feststellungen getroffen wurden, weil die Finanzierung der Maßnahmen ab 2026 oder 2027 nicht oder nicht mehr gewährleistet ist.

Auf einer Beratung der AG Leitlinien des LSBB am 23.01. werden sich die Teilnehmenden darüber verständigen, was in einer demnächst zu formulierenden Stellungnahme des LSBB zum aktuellen Monitoring der seniorenpolitischen Maßnahmen unbedingt aufgenommen werden sollte.

Über diese und weitere Schwerpunkte unserer Tätigkeit im LSBB haben wir uns auf der Vorstandssitzung am 25.11.2025 verständigt.

Wir nähern uns 2026 in großen Schritten dem Ende der Legislatur.

Unsere Aufmerksamkeit gilt der Organisation und dem Ablauf der Wahlen zu den bezirklichen Seniorenvertretungen 2026/2027.

Die Wahlwoche wird in der Zeit vom 05.-12.03.2027 stattfinden. Es werden fünf mögliche Werkstage festgelegt.

Im Zeitplan wird die „Berufung der Mitglieder der bezirklichen Seniorenvertretungen“ auf den 30.03.2027 gelegt.

Auf dem Plenum am 17.03.2027 erfolgt die Wahl des LSBB.

Der Doppelhaushalt sieht zur Finanzierung der Wahlen je Haushaltsjahr 20.000 Euro für eine Informationskampagne vor. Wir haben Zweifel, ob mit diesen jährlich verfügbaren Beträgen wirksam bei den Wahlberechtigten für eine Teilnahme an den Wahlen der bezirklichen Seniorenvertretungen geworben werden kann.

Noch liegen auch keine Informationen vor, in welchen Umfang der Senat den Bezirken die sächlichen Wahlkosten erstatten kann, denn im Haushalt 2027 sind dafür keine Haushaltsmittel veranschlagt werden.

Die Landesseniorenvertretung hat sich für die Veranstaltung „Senioren debattieren im Parlament“ eingesetzt. Jetzt steht fest, dass sie am 24.04. in der Zeit von 10:00 bis 17:00 im Plenarsaal stattfinden kann. Ob wir die Veranstaltung letztlich durchführen, steht heute zur Disposition.

Liebe Mitglieder des LSBB,

es ist bekannt, dass die gesamte Raumsituation in der Oranienstraße eine Herausforderung ist. Auch unsere gemeinsame Geschäftsstelle wird in der nächsten Zeit in neue Räume umziehen. Dann werden wir über zwei Räume verfügen. In einem der Räume können Beratungen stattfinden.

Die Senatsverwaltung ASGIVA Referat III E, hatte uns über die Ausschreibung einer Personalstelle für die gemeinsame Geschäftsstelle informiert. Jetzt fanden dazu die Vorstellungsgespräche der Bewerber*innen statt, an denen die Vorsitzende teilnehmen konnte.

Wir haben die Hoffnung, dass bald möglich die Geschäftsstelle mit zwei Mitarbeiterinnen besetzt ist.

Liebe Mitglieder des LSBB,

vor uns liegt nur noch das Jahr 2026, in dem der Senat oder das Abgeordnetenhaus über unsere Gesetzesinitiativen und Projekte entscheiden. Das sollte möglichst im ersten Halbjahr erfolgen.

Jetzt müssen wir uns konzentrieren und alle Möglichkeiten der parlamentarischen Einflussnahme nutzen.

Lassen Sie sich nicht entmutigen! Wir haben schon viel erreicht.

Die Senior*innen dieser Stadt sind es wert, dass wir all unseren Optimismus jetzt einbringen.

Eveline Lämmer

Vorsitzende